

## Gegen staatliche Elektrizitätswirtschaft.

Rundgebung  
der Vereinigung der Elektrizitätswerte.

Die gestrige Hauptversammlung der „Vereinigung der Elektrizitätswerte“ trug ein eigentümliches Gepräge. Der große Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses war dicht gefüllt; unter den Gästen bemerkte man eine stattliche Zahl Vertreter verschiedener Regierungsbehörden. Die Verhandlungen waren gewissermaßen ein Nachklang zu der Kriegstagung des Verbandes deutscher Elektrotechniker. Auf ihr hatte Prof. Dr. Klingenberg für die Großerzeugung der Elektrizität durch den Staat geworben; er will die Elektrizitätswerke in den Händen der bisherigen Besitzer mit der einzigen Einschränkung lassen, daß diese in Zukunft den Strom von den staatlichen Großkraftwerken beziehen sollen.

Der Hauptberichterstatler am gestrigen Abend Dr. Boigt-Riel wendete sich zuerst gegen die staatliche Elektrizitätswirtschaft einschließlich der Kleinverteilung, da sie aus praktisch wirtschaftlichen Gründen unmöglich sei. Der Staat wäre zu diesem Zweck gezwungen, die gesamten vorhandenen Elektrizitätswerke aufzukaufen und etwa 3 Milliarden flüssig zu machen, lediglich um Vorhandenes in staatliche Verwaltung nehmen zu können. Dabei würde nur die Verzinsung 30 Millionen M. betragen. Der Redner beschäftigt sich dann eingehend mit den Plänen von Prof. Klingenberg, Direktor der A. E. G., der in Preußen 30 elektrische Großkraftwerke bauen und diese Kraftwerke durch 100 000 Volt-Leitungen, die in Form von Freileitungen über das ganze Land gehen, verbinden will. Der Staat soll die Elektrizität im großen erzeugen; der Kleinverkauf soll den bisherigen Elektrizitätswertbesitzern belassen bleiben. Durch die elektrische Verknüpfung der Großkraftwerke soll ein gewisser Ausgleich zwischen den elektrischen Bedürfnissen der verschiedenen Landesteile herbeigeführt und große Ersparnisse an Maschinenmitteln und Kohlen gemacht werden. Redner erläutert an dem Vergleich mit Sachsen, das zur staatlichen Elektrizitätserzeugung zu schreiten im Begriff ist, wie schwierig die Elektrifizierungspläne in Preußen durchzuführen sein werden. Er kommt nach eingehender Behandlung technischer Einzelfragen zu folgenden Schlüssen:

Die volkswirtschaftliche Notwendigkeit für die Verstaatlichung der Elektrizitätserzeugung ist nicht zu erkennen. Es steht nach Ausführung solcher Pläne zu befürchten, daß der Staat infolge der geringen finanziellen Ergiebigkeit der Großerzeugung allein bei dieser nicht stehen bleiben wird, sondern zum Ankauf der elektrischen Kleinverteilungsnetze schreiten muß, um die Kleinverkaufspreise nach fiskalischen Gesichtspunkten zu regeln. In diesen Klingenberg'schen Plänen kann man nur eine künstliche Beschleunigung einer überspannten Zentralisierung erblicken, die der privaten elektrischen Großindustrie zum Schaden der allgemeinen Volkswirtschaft erhebliche Baugewinne zuließen lassen würde.

Daurat Bell-München schildert darauf die Stromversorgungspolitik Bayerns, Direktor Monath-Ludwigsburg die Verhältnisse im Königreich Württemberg. — Darauf trat man in die Besprechung der Vorträge ein. Als erster erhielt Prof. Dr. Klingenberg das Wort. Er wies darauf hin, daß sich von Anfang an bei den elektrischen Kraftwerken die Neigung der starken Zentralisierung vorteilhaft geltend gemacht habe. Diese Vorteile überwogen die Kosten der weiten Fortleitung. Warum soll man bei den heutigen Ueberlandzentralen stehen bleiben und nicht weiter schreiten. Eine Reihe der späteren Redner sprach sich wieder gegen die Klingenberg'schen Pläne aus.